

# Bündnis Verkehrswende Köln

## Verkehrswende braucht gute Arbeit im ÖPNV

Liebe Fahrgäste,

vor kurzem haben die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) den Fahrplan ausgedünnt, so dass nun 10 % weniger Bahnen fahren. Aufgrund von Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft ver.di und den Arbeitgebern im Bereich Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) kommt es in diesen Tagen zu Streiks bei Bus & Bahn. Viele Menschen sind genervt: „Erst kürzen sie den Fahrplan, und jetzt streiken sie auch noch?!“

Wir möchten erklären, warum und wie beides zusammenhängt.

Zur Fahrplankürzung hat nicht nur der aktuell erhöhte Krankenstand geführt. Schon vor der Infektionswelle waren die Bahnen oft überfüllt! Die meisten „betriebsbedingten Störungen“ und Bahn-Ausfälle waren und sind auf fehlendes Personal zurückzuführen.

Extremer Personalmangel besteht nicht nur bei der KVB in Köln, sondern bundesweit im ÖPNV.

Bis 2030 geht die Hälfte aller ÖPNV-Beschäftigten in Deutschland in den Ruhestand. Notwendig sind deshalb bundesweit rund 100.000 Neueinstellungen, um das aktuelle Angebot bei Bus & Bahn aufrecht zu erhalten. Um den ÖPNV auszubauen, müssen **zusätzlich** 70.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

**Der strukturelle Personalmangel in Köln und bundesweit kann nur behoben werden, wenn der Beruf deutlich aufgewertet wird. Dies gilt für die Arbeitsbedingungen wie für die Gehälter.** Im ÖPNV müssen offene Stellen rasch besetzt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die so attraktiv sind, dass beispielsweise auch Beschäftigte von Ford, die ihren Arbeitsplatz verlieren werden, dort gerne arbeiten.

Darum ist es richtig, dass die Kolleginnen und Kollegen für bessere Entgelte streiken. Die kommunalen Arbeitgeber stellen sich stur. Dabei könnten die Gelder dafür aufgebracht werden, wenn die auto- und luftfahrtfreundliche Verkehrsplanung der letzten Jahrzehnte beendet wird. Bundesverkehrsminister Wissing will für 30 Milliarden Euro neue Autobahnen bauen. Mit 12 Milliarden Euro jährlich wird Flugbenzin subventioniert, mit 5 Milliarden Diesel und mit 3 Milliarden das Dienstwagenprivileg.

Diese Steuergelder müssen zu Gunsten von ÖPNV, Bahn, Fahrrad- und Fußverkehr umgeschichtet werden. Deren Ausbau wäre dann problemlos möglich und mehr Personal könnte zu besseren Bedingungen eingesetzt werden.

Bitte seien Sie solidarisch mit den Beschäftigten des ÖPNV in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen. Richten Sie Ihren Protest nicht an die Kolleginnen und Kollegen, sondern an die Politik in Bund und Kommune.

Ein guter ÖPNV befördert den Umstieg vom Auto und ist das Rückgrat einer konsequenten Verkehrswende. Vorfahrt für ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehr reduziert Lärm- und Luftverschmutzung, erhöht die Verkehrssicherheit und schafft mehr Raum für Grünflächen, Spielplätze und Wohnungsbau. Das steigert die Lebensqualität von uns allen.

Kontakt: [info@verkehrswende.koeln](mailto:info@verkehrswende.koeln), Infos: [www.verkehrswende.koeln](http://www.verkehrswende.koeln)

V.i.S.d.P: Barbara Kleine, Mathesenhofweg 81, 50859 Köln